

Christa Mutter, Vorstandsmitglied von Solarspar, nimmt Stellung zum Energiegesetz. Sie fordert im Namen des Vereins, dass die Energieziele den Zielpfad der Energiewende festlegen sollen und die Solarenergie so zu fördern sei, dass die Produktion schnell erhöht werden kann.

Auf der langen Bank in der Sonne

Der Bund legt die Umsetzung der Energiewende stückweise vor: Letztes Jahr das Stromversorgungsgesetz, nun das Energiegesetz, zusätzlich einige Verordnungen und wohl später einige Instrumente, auf welche die Branche sehnlichst wartet.

Um es gleich vorwegzunehmen: Auch beim Bundesamt für Energie findet die Idee Anklang, Solarstrom im Quartier zu verteilen, ohne das übergeordnete Stromnetz zu belasten. Doch die finanzielle Entlastung der «Netzebene 7» als Anreiz für die Quartierstrom-Produktion soll erst in der nächsten Gesetzesrevision figurieren. Also warten wir noch jahrelang auf der langen Bank in der Sonne.

Solarspar fordert

Im Rahmen der aktuellen Vernehmlassung des Bundes zum Energiegesetz stellt Solarspar deshalb folgende Forderungen:

1. Die bis ins Jahr 2035 geltenden Ziele müssen bis 2050 deutlich ausgebaut werden. Für den Solarstrom heisst das, zusätzlich zu den 20 Terawattstunden, die als Ersatz für den wegfallenden AKW-Strom notwendig sind, weitere 20 bis 25 Terawattstunden zu planen, um fossile Energien zu ersetzen – sei es in der Mobilität, der Landwirtschaft oder dem Gebäudebereich.
2. Die Förderung kleiner und mittlerer Photovoltaik-Anlagen mit Investitionsbeiträgen (Einmalvergütung) hat sich bewährt und soll fortgesetzt werden. Für grosse Anlagen ab 500 Kilowattpeak und für professionelle Investoren ist das Auktionsmodell richtig. Soll es hier einzig Einspeisevergütungen über 20 bis 25 Jahre für den jeweils günstigsten Anbieter (gleitende

Marktprämie) geben, wie es ein Teil der Energiebranche fordert? Nein, auch im Auktionsmodell sollten verschiedene Fördermodelle nebeneinander existieren können.

3. Die Strommarktliberalisierung lässt den Rückliefertarif noch mehr zerfallen. Wer eine Solaranlage baut und einen grossen Teil nicht selbst verbraucht, sondern ins Stromnetz einspeist, ist dem Stromverteiler und seinen Tarifschwankungen ausgeliefert. Das ist eine der schlimmsten Bremsen für den Ausbau der Solarenergie. Hier schlagen wir vor, dass der Bund für mehr Planungssicherheit sorgt und einen Mindesttarif festlegt. Ausserdem sollte auch der heutige Netzzuschlag von 2,3 Rappen pro Kilowattstunde nicht sakrosankt sein. Reicht er nicht aus, um die Energieziele zu erreichen und den Einspeisetarif zu finanzieren, darf man eine Erhöhung nicht von vornherein ausschliessen.

Zudem waren diesen Sommer auch einige Verordnungen mit vertrackten Details zu kommentieren. Solarspar kann nur unterstreichen, was der Dachverband Swissolar meint: Mehr Photovoltaik gibt es nur mit weniger Bürokratie. Und mit mehr Logik. Deshalb begrüssen wir einige neue Berechnungsweisen. Sie sollen zum Beispiel die Erweiterung bestehender Anlagen fördern, statt sie zu bremsen. Und eine kleine Umlagerung von Grund- zu Leistungsprämien wird helfen, dass es bei kleinen Anlagen rentabler wird, die gesamte Dachfläche mit Solarpanels zu bestücken statt nur einen Teil. Und schliesslich gilt es, die viel zu umständliche Verwaltung von Eigenverbrauchsanlagen zu erleichtern. Hoffentlich hat sich das Prinzip «Warum einfach, wenn's auch kompliziert geht» bald ausgelebt.



Christa Mutter ist Inhaberin einer Agentur für Umwelt- und Energiekommunikation in Fribourg. Im Solarspar-Vorstand leitet sie das Ressort Politik und vertritt Solarspar in der Klima-Allianz Schweiz.